

**Niederschrift über die öffentliche Sitzung  
des Ausschusses für Jugend und Soziales  
vom 26.01.2023**

Beginn: 18:30 Uhr

Ende: 20:45 Uhr

**Anwesend sind:**

**Entschuldigt fehlen:**

**TOP 1      Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**      VorlNr.

---

Vors. Künzle eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Er begrüßt alle Anwesenden in der Sitzung, insbesondere die Gäste von „Jukunft“ zu Top 5.

**TOP 2      Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge**      VorlNr.

---

RH Klingbeil bittet den TOP 6 um den vorliegenden Antrag der Bündnis 90/Die Grünen/Die Linke vom 25.01.23 zu ergänzen.

**Beschluss:**

Der Ausschuss stimmt einstimmig mit der Ergänzung der Tagesordnung zu.

**TOP 3      Mitteilung über die Genehmigung der Niederschrift vom 16.03.2022**      VorlNr.

---

Vors. Künzle verweist auf die Abstimmung per Doodle-Umfrage und teilt mit, dass die Niederschrift bei 5 Enthaltungen einstimmig genehmigt wurde.

**TOP 4      Pflichtenbelehrung nach § 43 der hinzugewählten Mitglieder Moritz Gerner-Beuerle und Ilka Holsten-Poppe**      VorlNr.

---

Bgm Oestmann begrüßt die hinzugewählten Mitglieder, Herrn Moritz Gerner-Beuerle und Frau Ilka Holsten-Poppe, in der Sitzung und verpflichtet sie gemäß § 43 NKomVG. Die Verpflichtung wird aktenkundig gemacht.

Bgm Oestmann begrüßt die drei anwesenden Mitglieder des Jugendgremiums in der Sitzung. Er verdeutlicht, wie wichtig ihm die Beteiligung der Jugend in der Politik sei. So können diese in die Meinungsbildung für Geschehnisse in Rotenburg mit einbezogen werden. Die drei anwesenden Mitglieder von „Jukunft“ Gesa Sachs, Julian Klar und Maximilian Tietjen werden gebeten ihr Jugendgremium dem Ausschuss vorzustellen.

Gesa Sachs erläutert daraufhin entsprechend der Vorlage zur „Jukunft“. Sie ergänzt, dass dieses derzeit aus 9 aktiven Mitgliedern bestehe. Als Nachfolgeorganisation des Jugendbeirates habe man sich überlegen müssen, in welcher Form die größtmögliche Erfolgswahrscheinlichkeit in der kommunalen Mitarbeit möglich sei. Aus diesen Gesprächen heraus habe sich eine Gruppe junger Menschen gefunden, die für sich Grundsätze formuliert haben. Aus diesen Grundsätzen heraus erhoffe man nun, weitere junge Menschen verschiedener Altersgruppen anzusprechen, die sich an den Geschicken der Stadt Rotenburg für Jugendliche beteiligen möchten.

Frau Sachs verweist abschließend auf den Instagram-Auftritt unter „Jukunft22“.

RF Grafe appelliert an die Mitglieder des Ausschusses dieses Jugendgremium ernst zu nehmen und vermeintliche Fehler der Vergangenheit mit dem vorherigen Jugendbeirat nicht zu wiederholen. Nur so habe die Zukunft eine Chance, über einen längeren Zeitraum existieren zu können. Sie bedankt sich bei den Jugendlichen für ihr Engagement.

RH Klingbeil fragt nach der Regelmäßigkeit der Zusammenkünfte. Er kritisiert das Logo des Gremiums.

Julian Klar teilt ansatzweise die Bedenken zum Logo. Jedoch habe man sich entschieden, das Logo vorerst so beizubehalten. Zunächst soll die Existenz der Zukunft im Vordergrund stehen und nicht ein perfekt ausgearbeitetes Logo. Eine Änderung dieses könne zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen. Er berichtet, dass sich die Zukunft derzeit regelmäßig donnerstags treffe.

Nach kurzer weiterer Beratung über organisatorische Abläufe sowie über die Aufnahmevoraussetzungen für die Zukunft, bittet Vors. Künzle zur Abstimmung zu kommen.

### **Beschluss:**

#### **Der Ausschuss für Jugend und Soziales empfiehlt bei 9 Ja-Stimmen einstimmig wie folgt:**

Der Rat der Stadt Rotenburg beschließt die Bildung des Jugendgremiums „Jukunft“ für eine direkte Teilhabe junger Menschen an der politischen Willensbildung im Bereich der Stadt Rotenburg. Die Grundstruktur des Gremiums wird seinen Angehörigen überlassen, als direkte Ansprechpartner stehen der Bürgermeister sowie in Vertretung die Erste Stadträtin zur Verfügung. Die Zukunft hat beratende Funktion und Antragsrecht für Maßnahmen und Projekte für diesen Bereich. Ihr wird ein Sitz für eine(n) Hinzugewählte(n) im Ausschuss für Jugend und Soziales mit der Möglichkeit der Nennung eines Ersatzmitgliedes zuerkannt. In anderen Ausschüssen und dem Stadtrat soll die Beratungstätigkeit bei entsprechenden Themen durch vorherige Anhörung / Beteiligung oder aber Sitzungsunterbrechung für entsprechende Beiträge gewährt werden.

Als anerkanntem Gremium steht der „Jukunft“ eine grundsätzliche haushalterische Unterstützung für die fortlaufende Arbeit wie auch im Einzelfall bei anerkannten umzusetzenden Projekten zur Verfügung. Details hierzu werden durch Verwaltung und Zukunft zusammen in den nächsten Monaten erarbeitet und durch VA-Beschluss politisch legitimiert.

Der Ratsbeschluss vom 02.03.2017 zu Vorlagen-Nr. 1146/2011-2016 zur Einrichtung eines Jugendbeirates wird aufgehoben. Das aktuelle Gremium bildet die direkte Nachfolgeorganisation für den seinerzeit eingerichteten Jugendbeirat.

**TOP 6 Förderung der Ausbildung zur Fachkraft im Bereich der früh-kindlichen Bildung in Kindertagesstätten der Stadt Rotenburg mit Stipendium; Antrag der FDP vom 08.06.2021**

VorlNr.  
1085/2016-2021/1

---

Bgm Oestmann führt entsprechend der Vorlage in die Thematik ein. Er macht dabei deutlich, dass die Stadt Rotenburg (W.) als eigener Träger von Einrichtungen diese Personalangelegenheit für sich erarbeitet habe, deshalb sei das Diakonissen Mutterhaus nicht involviert gewesen. Seine Aussage bezieht sich auf einen Artikel in der Zeitung vom heutigen Tage. Er befürworte dieses Ausbildungsstipendium und glaube an dessen Erfolg. In Bezug auf die Vertragsbindung müssen noch rechtliche Vorgaben geprüft werden. Auf keinen Fall wolle man ein „BAföG feindliches“ Stipendium entwickeln. Bis zur kommenden Ratssitzung sollten weitere Informationen vorliegen.

StARin König erläutert, dass der Antrag der FDP vom 08.6.21 sowie auch der aktuell große Fachkräftemangel den Anstoß für die Entwicklung eines Gesamtkonzeptes für Stipendien gegeben haben. Um Personal zu gewinnen, sollte dieses schnellmöglich umgesetzt werden. Sie führt detailliert zur Beschlussvorlage und zum Konzept zur Fachkräftegewinnung aus.

Im Anschluss gibt Vors. Künzle um 19:02 Uhr den Sitzungsvorsitz ab.

RF Behr übernimmt den Vorsitz.

RH Künzle möchte wissen, was an dem Rotenburger Stipendium besonders sei. Schließlich wolle man Fachkräfte dazu bekommen und müsse dann gegenüber anderen Gemeinden mit dem Stipendium „hervorstechen“. Außerdem hätte er gerne gewusst, wie es sich mit der Übernahme der Auszubildenden im 3. und 4. Jahr verhalte.

StARin König erklärt, dass es gegenüber anderen Kommunen kein Alleinstellungsmerkmal gebe, sondern sich dieses auf die Stadt Rotenburg selber beziehe. Die Höhe des Stipendiums lasse in einigen Fällen eine Beantragung von BAföG zu. Auszubildende im Beruf Erzieher\*in erhalten keine Vergütung im 3. und 4. Jahr, somit könne durch das Stipendium eine Bindungswirkung erzielt werden.

Hinzugewählte Paul-Renken bringt im Anschluss ihren Unmut über dieses Konzept zum Ausdruck. Da diese Richtlinie nur für städtische Einrichtungen sei, sehe sie diese als Konkurrenz zu Rotenburger Einrichtungen in nicht städtischer Trägerschaft. Bisher sei solch ein „Konkurrenzding“ nicht üblich gewesen. Sie appelliert an die Politik darüber nachzudenken, ob so etwas für die Einrichtungen Rotenburgs gewollt sei.

StARin König hat dazu eine andere Auffassung. Sie sieht dies nicht als Konkurrenz, denn jede Einrichtung habe über ihre Trägerschaft eigene Besonderheiten. Dies führe zu einer Pluralität, die gut am Ort sei. Sie halte jede Trägerschaft für autonom in ihrer Gestaltung. Trotz allem sei man an einer guten Zusammenarbeit im möglichen Rahmen interessiert.

Nach weiterer Diskussion schlägt der Bgm vor, nach einer Möglichkeit zu suchen, die für alle Einrichtungen Rotenburgs ein „gemeinsamer Modus“ sei. Er könne sich durchaus vorstellen, diese Richtlinie zu gegebener Zeit zu erweitern. Jedoch geht er davon aus, dass sich nicht alle Einrichtungen beteiligen würden.

Vors. Behr schlägt die Ergänzung des Beschlussvorschlages um den Passus „Kindertagesstätten **in der Trägerschaft** der Stadt Rotenburg“ vor.

RH Klingbeil hält jede Kindergarteneinrichtung in Rotenburg für sehr wichtig, empfindet es jedoch als richtig, dass das Augenmerk für diese Angelegenheit auf den eigenen Einrichtungen liege. Er stellt sodann die im Vorfeld angedachte vertragliche Vereinbarung auf Übernahme der Auszubildenden in Frage. Seiner Meinung nach sei dies für die Stadt ein Wagnis und er rate davon ab.

StARin König sagt eine Prüfung dieser Regelung zu.

RH Künzle ist der Meinung, dass der Förderbetrag in Höhe von monatlich 300 Euro für die Stipendiaten nicht ausreichend sei. Damit setze man „ein falsches Signal. Nach seiner Auffassung müsse der Betrag bei monatlich 1.200 Euro liegen, um deutlich zu machen, wie dringend Stipendiaten in Rotenburg gebraucht werden. Auch wenn dies eine große Gesamtsumme für den städtischen Haushalt sei, halte er frühkindliche Bildung in diesem Punkt für sehr wichtig.

RF Grafe lobt das vorliegende Konzept der Verwaltung, sie halte auch das Fördergeld in Höhe für 300 Euro für ausreichend. Dies sei auf jeden Fall ein Anreiz und auch eine Wertschätzung für die Stipendiaten. Sie bittet die Angelegenheit entsprechend des vorliegenden Konzeptes umzusetzen, um schnell dem Fachkräftemangel begegnen zu können, und dessen Entwicklung abzuwarten. Veränderungen seien auch im Nachhinein noch möglich.

Hinzugew. Gerner-Beuerle warnt vor einem Ungleichgewicht im Wettstreit um Fachkräfte in Rotenburger Einrichtungen. Er befürwortet, dass das Thema des Fachkräftemangels grundsätzlich angegangen werde. Wünschenswert sei jedoch, dass kleinere Träger im Wettstreit um Fachkräfte nicht benachteiligt wären.

RF Helwig äußert sich zum Fachkräftemangel und verdeutlicht, für wie wichtig sie es halte, zunächst einmal mit dem Stipendium zu starten. Sie wünscht sich weitere Informationen über Fördermöglichkeiten des Bundes oder Landes für die Träger für die kommende Ratssitzung.

RH Purrucker spricht sich ebenfalls für eine schnelle Umsetzung der Angelegenheit aus. Eine Nachbesserung des Konzeptes sei im Nachhinein möglich.

RH Künzle weist darauf hin, dass im § 4 des Vertrages zur Auszahlung des Stipendiums eine aus seiner Sicht falsche Formulierung enthalten sei. Hier müsse es richtig heißen, „... mit dem Beginn der Ausbildung...“.

Der Bgm sagt eine Prüfung zu.

Vors. Behr bittet über den Antrag des RH Künzle abzustimmen, das monatliche Fördergeld für die ausgewählten Stipendiaten auf 1.200 Euro festzusetzen.

#### **Beschluss:**

**Bei 1 Ja-Stimme, 2 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen wird der Antrag abgelehnt.**

Vors. Behr bittet anschließend um Abstimmung über den Beschlussvorschlag mit der redaktionellen Änderung aus dem vorliegenden Antrag der Bündnis 90/Die Linken und der Ergänzung des Passus zur Trägerschaft.

#### **Beschluss:**

**Der Ausschuss für Jugend und Soziales empfiehlt einstimmig mit der Ergänzung in § 4 (3) der Richtlinie zum Rotenburg Schüler- und Auszubildenden-Stipendium und der Ergänzung „... Kindertagesstätten in der Trägerschaft der Stadt Rotenburg...“ wie folgt:**

Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) beschließt, die Einführung von bis zu vier Stipendien ab dem Ausbildungsjahr 2023 für Schüler\*innen und Auszubildende der Fachrichtung Sozialpädagogische Assistent\*in oder Erzieher\*in bei der Stadt Rotenburg (Wümme). Je Stipendium erfolgt eine Förderung in Höhe von monatlich 300 € an die ausgewählten Stipendiaten. Die Regularien für das Ausbildungsstipendium der Stadt Rotenburg (Wümme) werden in der dazu gehörenden Richtlinie geregelt und sind im beigefügten Konzept erklärt. Jeder Stipendiat erhält einen Vertrag zum Stipendium. Die Kosten sind im Personalbudget zu verorten.

Ergänzend wird vorgeschlagen, für eine(n) Praxismentor\*in je Einrichtung eine zusätzliche Stunde wöchentlich für den Zweck der Praxisanleitung vertraglich als Arbeitszeit zu vereinbaren und zu finanzieren. Diese Kosten werden mit ca. 50 Prozent über die Finanzhilfe refinanziert und müssten somit nicht vollständig vom kommunalen Haushalt getragen werden.

Darüber hinaus werden verstärkt berufsbegleitende Auszubildende mit einem Arbeitsvertrag bis zu 20 Wochenstunden unterstützt und die Akquise für diese Ausbildungsstellen aktiv vorgenommen. Aktuell besteht die Aussicht auf zwei abzuschließende Verträge ab dem Ausbildungsbeginn Februar 2023. Hierfür besteht eine vollständige Refinanzierung durch das Gute-KiTa-Gesetz und ab August 2023 nach dem § 30 NKiTaG.

Um 19:35 Uhr übernimmt RH Künzle wieder den Sitzungsvorsitz.

---

<b>TOP 7</b>	<b>Flüchtlingsunterbringung; 1.) aktuelle Situation der Geflüchteten aus der Ukraine; 2.) Antrag 1041/2016 – 2021</b>	VorlNr. 0104/2021-2026
--------------	---	---------------------------

---

<b>TOP 7.1</b>	<b>Die Stadt Rotenburg (Wümme) wird Sicherer Hafen; Antrag Bündnis 90/Die Grünen vom 06.04.2021</b>	VorlNr. 1041/2016-2021
----------------	---	---------------------------

---

Bgm Oestmann erläutert das Verfahren zur Aufteilung von Geflüchteten in die Kommunen. Der Landkreis habe zur Zeit des Flüchtlingsstroms auch Rotenburg Geflüchtete zugeteilt. Aus dieser Situation heraus musste kurzfristig eine Entscheidung über gute Unterbringungsmöglichkeiten getroffen werden. So sei die Idee der Herstellung einer Containeranlage am Glummweg entstanden. Die Anlage sei sodann einen Tag vor Bezug der Flüchtlinge fertiggestellt worden. Für diese Leistung spricht er allen Beteiligten sein großes Lob aus. Kurz darauf sei auf Bundesebene ein Aufnahmestopp von Geflüchteten für Niedersachsen ausgesprochen worden. Niedersachsen hatte zu dem Zeitpunkt bereits die Aufnahmequote erfüllt.

Es sei davon auszugehen, dass es wegen des anhaltenden Krieges zu weiteren Flüchtlingsströmen kommen werde. In Rotenburg befinden sich derzeit 172 Flüchtlinge in städtischen Unterbringungen, davon seien 63 Personen aus der Ukraine. Hier sei der Anteil an Frauen mit Kindern besonders groß. In der Containeranlage Glummweg seien 23 Geflüchtete untergebracht, es bestehe noch Platz für etwa 70 Personen. Er habe zu einem Termin in der folgenden Woche mit allen Schulen (Grund- und weiterführende Schulen) geladen, um sich über die aktuelle Situation des Standortes Rotenburg in Bezug auf schulpflichtige Flüchtlingskinder auszutauschen.

Eduard Hermann von der Aufsuchenden Straßensozialarbeit ergänzt, dass es einen guten Austausch mit den jugendlichen Flüchtlingen in den Projekten der Straßensozialarbeit gebe. Die Stadt habe gute Unterbringungsmöglichkeiten geschaffen, aber dies sei nicht Alles, damit sich Flüchtlinge in Rotenburg willkommen fühlen. Die Integration müsse in vielen Bereichen weiter vorangetrieben werden.

Der Bgm bezieht sich sodann auf den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen aus April 2021, der im Frühjahr 2022 vertagt worden sei. Er führt zur guten „Willkommenskultur“ in Rotenburg aus. Diese sei in den vergangenen Monaten durch Schaffung von Wohnraum, Einrichten eines Flüchtlingsdorfes, Versorgung und Betreuung, Bildung der Flüchtlinge und der „Akzeptanz in der Nachbarschaft Rotenburgs“ zu einer tollen Sache gewachsen. Flüchtlinge sollen sich in Rotenburg wohl fühlen. In dem Zusammenhang sei es besonders wichtig, auch das Ehrenamt zu erwähnen. Die Flüchtlingshilfe als Ehrenamt sei in Rotenburg sehr stark ausgeprägt. Er sehe nach wie vor keinen Anlass dafür, sich als Stadt der Organisation anzuschließen.

RH Klingbeil spricht sich für den Anschluss an den „Sicheren Hafen“ aus. Bis zur Antragstellung im April 2021 hätten dies immerhin bereits 44 Kommune und 5 Landkreise in Niedersachsen getan. Unabhängig von den aktuellen Gesetzeslagen könne sich eine Kommune solidarisch mit den Menschen auf der Flucht zeigen. Wenn es auch keine Möglichkeiten gegen die Machenschaften von gewissen Gruppen gebe, könne durch die Unterstützung der Initiative, z. B. eben im Bereich Seenotrettung, etwas erreicht werden. Für ihn sei nicht verständlich, warum der Antrag für Rotenburg pauschal abgelehnt werden soll. Gegen viele Vorgaben auf Landes- und Bundesebene könne man sich nicht wehren, aber eine Stadt könne Druck auf die oberen Organe ausüben. Die 8 Teilpunkte des Antrages könnten als Vorschläge an die oberen Organe weitergegeben werden. Aus diesen Gründen bittet er dem Antrag zuzustimmen.

RH Kruse gibt sodann an, dass sich von der erwähnten 44 Kommunen in Niedersachsen 34 Kommunen nur in 2 Teilpunkten der Initiative angeschlossen haben. Diese Zahlen liegen ihm vor. In diesem Gremium über die Teilpunkte zu sprechen, halte er für nicht richtig, da diese außerhalb seiner Verfügungsgewalt liegen. Mit einer Beteiligung an dieser Sache wolle man ein Signal senden. Dies sei jedoch seiner Auffassung nach nur eine weitere „Plakette, die man sich ans Rathaus hänge“. Wenn sich der Stadtrat dem anschließe, sage dies nichts über die Bürger Rotenburgs aus. Willkommenskultur gebe es im großen Maße in Rotenburg, diese werde hier bereits durch die Bürger gelebt. Das Thema Seenotrettung sehe er auf Bundes- bzw. auf Europaebene. Er schlägt Möglichkeiten zur Unterstützung vor, die hier regional umgesetzt werden können.

RF Helwig berichtet, dass sich die Fraktion erneut mit dem Thema befasst habe und die Seenotrettung für ein sehr wichtiges Thema halte. Hier gelte es schnell Lösungen zu finden. Dies müsse jedoch an der richtigen Stelle erfolgen und es gelte Zuständigkeiten einzuhalten. Dass sich die Stadt für Geflüchtete einsetze, habe sie bereits durch ihr schnelles Handeln zu Beginn des Krieges in der Ukraine bewiesen. Die Stadt sehe sich in der Verantwortung. Ihre Fraktion werde dem Antrag nicht zustimmen. Sie bittet darum, dieses wichtige Thema über die Verwaltung in den Niedersächsischen Städtetag einzubringen.

Kurz darauf appelliert Hinzugew. Gerner-Beuerle an die Politik, sich auch weiterhin mit dem Thema zu befassen, Flüchtlinge werde es auch in den nächsten Jahren weiterhin geben. Er lobt die schnelle Umsetzung der Containeranlage am Glummweg.

Nach weiterer Beratung bittet Vors. Künzle zur Abstimmung zu kommen.

### **Beschlüsse:**

Der Ausschuss für Jugend und Soziales hat die Ausführungen der Vorlage Nr. 1041/2016-2021 zum vorliegenden Antrag sowie die Ausführungen des Bürgermeisters zur Lage der Unterbringung Geflüchteter aus der Ukraine zur Kenntnis genommen.

Der Ausschuss empfiehlt mit 2 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen die Ablehnung des Ratsantrages 1041/2016-2021 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 06.04.2021.

---

**TOP 8      Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen der Ausschussmitglieder**

---

VorlNr.

---

**TOP 8.1      Ferienbetreuung von Grundschulkindern bis 12 Jahre**

---

VorlNr.

StARin König berichtet zur Ferienbetreuung für Grundschulkindern bis 12 Jahre, dass eine Betreuung in der ersten Woche der Osterferien stattfinden könne. Wie es sich mit den Sommer- und Herbstferien verhalte, könne sie zum jetzigen Zeitpunkt nicht sagen. Auch hier spiele das Problem des fehlenden Personals eine große Rolle.

Es gebe die Überlegung im Mehrgenerationenhaus Waffensen eine Betreuungsmöglichkeit anzubieten. Hierzu müssten jedoch noch Gespräche geführt werden. Auch hoffe sie auf eine Kooperation mit dem Kinderferienprogramm des Jugendzentrums.

RF Grafe sieht auf jeden Fall Bedarf bei der Betreuung in den Ferien. Die Idee mit dem MGH Waffensen befürwortet sie. Sie äußert die Bitte, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Ferienbetreuung für Grundschulkindern aufrecht zu erhalten.

RH Räke erkundigt sich nach einer Betreuungsmöglichkeit für angehende Schulkinder. Diese fallen nach der Schließzeit im Kindergarten raus, seien für die Schulkinderbetreuung und für das Kinderferienprogramm meist aber noch nicht geeignet.

StARin König antwortet, dass die Kindergartenbetreuung nicht mit Ende des Kindergartenjahres ende, sondern mit dem Eintritt in die Schule. Sie bittet über die Kindergärten den entsprechenden Bedarf anzumelden. Ergänzend berichtet sie von der Betreuung in den ersten drei Wochen der Sommerferien durch die Bereitschaftsgruppe Kindergarten, diese sei ein Zusammenschluss aus allen städtischen Kindereinrichtungen.

RF Helwig äußert Bedenken zu einer möglichen Betreuung im MGH Waffensen. Nicht alle Elternteile seien mobil und haben die Möglichkeit problemlos nach Waffensen zu gelangen. Sollte es zu einer dortigen Betreuung kommen, bittet sie eine Lösung dafür zu finden.

---

**TOP 8.2      Neue Kita-Software für Amt 50**

---

VorlNr.

StARin König teilt mit, dass der Auftrag für die neue Kita Software (Nordholz) zwischenzeitlich vergeben wurde. Im Amt für Jugend und Soziales soll diese bald zum Einsatz kommen. Viele Kommunen im Landkreis arbeiten bereits mit dem Programm. Sie hoffe auf eine Umsetzung im Frühjahr des Jahres.

---

**TOP 8.3      Besetzung von Stellen, Personalsituation**

---

VorlNr.

RF Helwig erkundigt sich nach der Personalsituation bei der Stadt und fragt, ob derzeit alle Erzieher\*innenstellen besetzt seien.

StARin König führt aus, dass nicht alle Stellen besetzt seien. Insbesondere bei Langzeiterkrankungen sei dies nicht immer umsetzbar. Jedoch bemühe man sich möglichst alle Stellen zu besetzen. In der Regel seien dies unbefristete Stellen, nur bei Vertretungen für Langzeiterkrankte gebe es Befristungen.

RF Grafe fragt im Zusammenhang, ob es auch in städtischen Einrichtungen zu Schließungen gekommen sei durch erkranktes Personal.

StARin König verneint dies für die städtischen Einrichtungen. Durch die Krankwellen nach der Coronazeit habe es jedoch auch in den Einrichtungen Kürzungen in der Betreuungszeit

gegeben. Man versuche dies zwar stets abzuwenden, es lasse sich aber nicht immer vermeiden. Dass es zu Gruppen-Schließungen in anderen Kindergärten gekommen sei, sei bei der Stadt bekannt. Es habe eine gute Kommunikation mit den anderen Trägern gegeben und man habe gemeinsame Lösungen gefunden.

#### **TOP 8.4 Eintrittspreis Schwimmbad**

VorlNr.

---

RF Helwig erkundigt sich nach den Eintrittspreisen für das Rotenburger Schwimmbad Ronolulu. Sie habe aus der Sicht von Familien ein Interesse an der Information über die Preisentwicklung ab dem Jahr 2019.

Der Bgm verweist auf die als Anlage beigefügte Aufstellung der Stadtwerke Rotenburg über die Preisentwicklung seit dem Jahr 2010. Ergänzend verweist er auf den Stundentarif, diesen habe es jedoch auch schon vor der Coronazeit gegeben und habe sich im Verhältnis Juni 2019 zu Mai 2022 nicht verändert.

RF Helwig schlägt nach weiterer kurzer Beratung die Einführung eines Familientarifes für Kinder vor. Es gehe ihr darum, dass Kindern die Möglichkeit gegeben werde das Schwimmen zu erlernen.

Der Bgm schlägt vor, dies über die Politik an den Aufsichtsrat der Stadtwerke Rotenburg zu geben, damit es in dem Gremium thematisiert werden könne.

#### **TOP 8.5 Regenerationstage**

VorlNr.

---

RH Klingbeil kommt auf die kürzlich durch die Politik beschlossenen Regenerationstage für Kindergartenpersonal zu sprechen. Diese seien an zwei festen Tagen im Jahr zu nehmen. Er hätte gerne gewusst, in wie weit die Mitarbeitenden in diesen Entscheidungsprozess eingebunden worden seien. Er habe aus städtischen Einrichtungen gehört, dass das Personal dort nicht befragt worden sei.

StARin König berichtet, dass es Befragungen in den Kindereinrichtungen gegeben habe. Natürlich können aufgrund der Vielzahl der Mitarbeitenden keine Einzelabfragen erfolgen, deshalb gebe es als übergeordnete Stelle die Leitungsrunde der Kita's, die aus ihren Einrichtungen die Resonanz der Mitarbeitenden mitgeteilt haben.

Der Bgm verdeutlicht, dass das Führungsverhalten von Leitungen ein wichtiges Thema bei der Stadt sei und dass auch mit Schulungen für Führungskräfte gearbeitet werde. Wie die Abfrage in den einzelnen Einrichtungen durch die Leitungen erfolgt sei, musste von der Amtsleitung nicht hinterfragt werden. Die Ergebnisse seien in der Leitungsrunde zusammengetragen und so an die Politik weitergegeben worden.

Nach kurzer weiterer Beratung schließt Vors. Künzle um 20:45 Uhr die Sitzung.

gez. Vorsitzende/r

gez. Bürgermeister

gez. Protokollführer/in

Die Vorlagen sind Bestandteil der Niederschrift.